

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2004-12-14

Dezernat/ Amt: I / Hauptverwaltungsamt

Bearbeiter: Herr Wollenteit

Telefon: 545-1250

Beschlussvorlage

Drucksache Nr.

00368/2004

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Teilnahme der Landeshauptstadt Schwerin am Modellprojekt "eGovernment Region Westmecklenburg"

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss stimmt der Beteiligung der Landeshauptstadt Schwerin an dem Modellprojekt „eGovernment Region Westmecklenburg“ auf Grundlage der beigefügten Vereinbarung zu.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Landeshauptstadt Schwerin soll Vertragspartner des Modellprojektes „eGovernment Region Westmecklenburg“ werden. ¹ Ziel des vom Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern initiierten Projektes ist es, durch die gemeinsame Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien den Standort Westmecklenburg zu stärken und den Service für die Kunden öffentlicher Verwaltungen nachhaltig zu verbessern. Parallel dazu soll die mit der Einführung entsprechender eGovernment-Strukturen einhergehende Binnenmodernisierung der beteiligten Verwaltungen zu Synergieeffekten und Einspareffekten führen.

Konkret ist geplant, vorhandene Ansätze zu bündeln und Schwerpunktprojekte zu bearbeiten. Dabei soll es auch darum gehen, geplante Entwicklungen der beteiligten kommunalen Körperschaften in Sachen eGovernment aufeinander abzustimmen. Dazu soll ein Projektbüro eingerichtet werden.

Ziel ist eine partnerschaftliche Projektsteuerung bzw. –entwicklung zwischen Innenministerium und den beteiligten Kommunen. Partner des Projektes sind das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, die Landeshauptstadt Schwerin, die Hansestadt Wismar, der Landkreis Ludwigslust, der Landkreis Parchim und der Landkreis Nordwestmecklenburg.

Die Laufzeit des Projektes soll vorläufig bei zirka zwei Jahren liegen.

Für konkrete Aufwendungen sollen (vorbehaltlich entsprechender Entscheidungen auf Landesebene) finanzielle Mittel des Landes nach Maßgabe des Landeshaushaltes bereitgestellt werden. Die kommunalen Partner sollen sich verpflichten, die ihnen zur Verfügung stehenden Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. Das betrifft insbesondere die Landeshauptstadt Schwerin und den Landkreis Ludwigslust in Bezug auf vorhandene Kenntnisse und Informationen, die im Rahmen der Bundesinitiative [Media@Komm-Transfer](#) erworben wurden und werden.

Aus städtischer Sicht sollen insbesondere die Ziele der Aufwertung des Wirtschaftsstandortes und der Verbesserung des Services der Bürger verfolgt werden. Städtische Interessen innerhalb des Projektes werden auf Arbeitsebene vom eGovernment-Beauftragten und vom Hauptverwaltungsamtsleiter wahrgenommen. Über den Fortgang des Gesamtprojektes wird die Verwaltung der Vertretung regelmäßig Bericht erstatten.

¹ eGovernment: Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien

2. Notwendigkeit

3. Alternativen

4. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

5. Finanzielle Auswirkungen

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

Vereinbarung über die Durchführung eines Modellprojektes

gez. Norbert Claussen
Oberbürgermeister